

Haltlose Vorwürfe in den Zeitungen Bild und BZ

1. Auf der Internetseite unseres Präsidenten Heinz Troschitz kann man nachlesen, dass er im Auftrag eines Kunden in den angegebenen kleinen Parteien in den 90er Jahren bei deren Gründung recherchiert hat, ob sich dort rechtsradikale Kräfte ansiedeln. Es ist richtig, dass unser Präsident Kritik an der Vereinsführung von Hertha BSC übte. Richtig ist, dass unser Präsident seit 2010 Mieter und Verbraucher in ihren Angelegenheiten unterstützt. Richtig ist auch, dass es einen Beratungsvertrag im Rahmen der Unternehmensberatung zwischen der Konfliktberatung Spandau GbR und der ISTA Deutschland GmbH in Essen gibt. Die in den Artikeln angegebenen Zahlen stimmen überwiegend nicht. Richtig ist, dass auf der Internetseite der Konfliktberatung ein Stundenhonorar von 250,- € angegeben ist.

Unser Präsident wird sich mit rechtlichen Mitteln noch heute gegen die Vorwürfe wehren und die Verlage zur Unterlassung auffordernd. Frau Rechtsanwältin Freihof von der Kanzlei FREIHOF Rechtsanwälte wird unseren Präsidenten dabei vertreten.

2. Der Unternehmensberatungsvertrag steht in keinem Zusammenhang, weder mit einzelnen Betriebskostenabrechnungen, noch mit der Wohnungsbaugesellschaft GSW Immobilien AG. Es gibt keinen Interessenkonflikt. Ein Zusammenhang zwischen der Konfliktberatung und dem Mieterverein existiert ebenfalls nicht. Die Konfliktberatung - und dies seit Beginn der Vereinsgeschichte - ist lediglich einer der Sponsoren und dies steht schon seit Jahren auf dem Dienstfahrzeug und ist für alle auf der Internetseite lesbar. Die Behauptung es gäbe einen Interessenkonflikt ist schon deshalb nicht richtig, weil der Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz, vertreten durch den Präsidenten, erst im November 2014 durch ein Mitglied, das im Falkenhagener Feld wohnt (GSW), eine Klage durch eine Rechtsanwältin veranlasst hat, um aus einem Nachzahlbetrag von 103,- € ein Guthaben in Höhe von ca. 1.100,- € zu erzielen, da die Abrechnungen nach Aussagen der Belegprüfer des Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e. V. falsch sind. Keinem einzigen Ratsuchenden im Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e. V. ist ein Vertrag mit der Konfliktberatung angeboten worden. Die meisten Mitglieder wissen noch nicht einmal, dass der Präsident eine solche Beratungsfirma seit Mitte der 90er Jahre hat und damit sehr viel länger, als der Verein besteht.

Die Klägerin ist in keinem Fall Mitglied im Verein. Es dürfte sich um eine Person handeln, die in Frankreich ansässig ist und die sich mit einer Konfliktsituation, die sie selbst nicht lösen konnte, an die Konfliktberatung gewandt hat. Andere Fälle sind nicht bekannt.

Es gibt ein Kammergerichtsverfahren, das von Rechtsanwalt Uwe Piper initiiert wurde. Hier geht es aber nicht darum, dass unser Präsident sich als Rechtsanwalt ausgegeben hat. Dies ist die Unwahrheit.

Die Presseverlautbarungen vom heutigen Tag sind offensichtlich auf falschen Behauptungen beruhende Anschuldigungen, welche wohl von einer Personengruppe, die aus unserem Verein zum Teil ausgeschlossen wurde, initiiert worden ist.

Das Präsidium des Vereins wird sich Anfang der nächsten Woche zu einer Sondersitzung treffen. Wir halten es im Übrigen für verantwortungslos, dass Journalisten sich zu einer öffentlichen Darstellung hinreißen lassen, ohne ausreichend nachgefragt zu haben. Diese Vorgehensweise dient nicht der Aufklärung von Sachverhalten, sondern führt zur Verurteilung von Menschen, die sich seit Jahren ehrenamtlich um die Interessen der Menschen bemühen.

Frau Rechtsanwältin Freihof von der Kanzlei FREIHOF Rechtsanwälte wird noch heute gegenüber den Zeitungen, die die Falschbehauptungen verbreitet haben, ohne Informanten zu benennen, Unterlassungserklärungen durch entsprechende Abmahnungen fordern und den entstandenen Schaden in verschiedener Hinsicht geltend machen, und zwar kurzfristig. Gleichzeitig wird erwartet, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen.